

Antrag

**der Abgeordneten Rolf Harlinghausen, Stefan Kraxner, Clemens Nieting,
Hans Heinrich Jensen, Wolfgang Drews, Lars Dietrich (CDU) und Fraktion**

Betr.: Hamburg sagt Produkt- und Markenpiraterie den Kampf an

Produkt- und Markenpiraten schädigen mit ihren Plagiaten die deutsche Wirtschaft – insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen – jährlich um rund 29 Mrd. Euro. Umsatzeinbußen haben auch gesellschaftliche Konsequenzen. Neben Steuerausfällen führen sie zur Vernichtung von Arbeit. Experten schätzen, dass jährlich bis zu 70 000 Arbeitsplätze durch Nachahmung und Produktpiraterie in Deutschland verloren gehen. Neben Software-Produkten, CDs und Kassetten werden zunehmend auch Gegenstände des täglichen Bedarfs, wie Lebensmittel und Zigaretten, aber auch Medikamente und Ersatzteile in kommerziellem Maßstab gefälscht. Die Bedrohung der deutschen Wirtschaft nimmt zu: von 1995 bis 2000 versechsfachte sich die Zahl der Grenzbeschlagnahmen. Plagiate machen mittlerweile zehn Prozent des Welthandels aus, jedes zwölfte Markenprodukt auf dem deutschen Markt ist eine Fälschung. Mit ihrem kürzlich verabschiedeten Richtlinienentwurf will die EU-Kommission den Kampf gegen Produkt- und Markenpiraterie durch die Harmonisierung und Verschärfung der einschlägigen nationalen Vorschriften verstärken. Ziel ist der Schutz aller Rechte am geistigen Eigentum, die EU-weit harmonisiert sind. Die Zollbehörden sollen im Kampf gegen die Ein- und Ausfuhr von Fälschungen gestärkt, aber auch das Vorgehen innerhalb der EU verschärft werden. Für Hamburg hat die geschilderte Problematik durch die Stellung der Hansestadt als Drehscheibe für den Handel eine herausragende Bedeutung. Durch die Osterweiterung der Europäischen Union werden sich die Behörden zusätzlichen Herausforderungen im Kampf gegen die Produkt- und Markenpiraterie stellen müssen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. die Bundesregierung aufzufordern:
 - das Vorhaben der Kommission nach einer Verschärfung der EU-Richtlinie im Interesse der Hamburger Wirtschaft, insbesondere kleinerer und mittlerer Unternehmen, zu unterstützen,
 - verstärkt politischen Druck auf Fälscherländer auszuüben, um die Voraussetzung für ein gesetzliches Vorgehen gegen Produkt- und Markenpiraterie zu schaffen,
2. im Rahmen der eigenen Zuständigkeiten Polizei und Ordnungsbehörden kontinuierlich über die neuesten Entwicklungen im Bereich der Produkt- und Markenpiraterie zu unterrichten. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit mit der Handelskammer (z. B. in Form von Schulungen) anzustreben.